7. Sitzung des Finanzausschusses am 05.12.2017

Ausführungen von Herrn Schmitz zu Tagesordnungspunkt 2:

Bericht über die voraussichtliche Abwicklung des Kreishaushaltes 2017

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

mit der Tischvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt möchten wir über den aktuellen Zwischenstand zur Haushaltsentwicklung 2017 und zu den wesentlichen Abweichungen informieren, soweit sie bis heute bekannt sind. Zu dem Zahlenwerk möchte ich Ihnen folgende Erläuterungen geben:

Die laufenden Nummern 1 und 2 waren inhaltlich und der Höhe nach fast identisch bereits in der letzten Berichterstattung, d.h. in der Sitzung des Finanzausschusses am 27.06.2017, enthalten. Daher gehe ich jetzt nicht mehr auf die einzelnen Details ein.

Die laufenden Nummern 3a) bis 3d) gehörten ebenfalls zur Berichterstattung vom 27.06.2017. Auch der Höhe nach sind diese Positionen fast gleich geblieben.

Eine wesentliche Verbesserung für den Kreishaushalt ergibt sich hingegen in der laufenden

Nr. 3e)

Nach dem aktuellen Abrechnungsbescheid der Bezirksregierung Köln vom 28.11.2017 erhält der Kreis Heinsberg aus der Verteilung der Landesersparnis bei den Wohngeldausgaben rund 4,1 Mio. Euro. Im Vergleich zur Planung sind das Mehreinnahmen von ca. 1,2 Mio. Euro. Zur Jahresmitte 2017 mussten wir zu dieser Position noch von einer Verschlechterung ausgehen, die sich aus der seiner Zeit bestehenden Prognoserechnung des Landkreistages ergab. Landesweit wurden rund 402 Mio. Euro verteilt. Auch in den letzten Jahren gab es bei dieser Ertragsposition häufiger Plan-Ist-Abweichungen. Wesentliche Verteilungsparameter sind die Gesamthöhe der Landeszuweisungen, die Belastungsbeträge aus den Kosten der Unterkunft des Vorjahres inklusive Korrekturen für Vorjahre, die Entlastungsbeträge nach dem Ausführungsgesetz zum SGB II sowie eventuelle Rückforderungen für Vorjahre. Da diese Verteilungsparameter von Jahr zu Jahr variieren, kann es auch im Kreishaushalt derartige Abweichungen geben.

Die Nr. 3f) beinhaltet die Sonderauskehrung des Landschaftsverbandes Rheinland von insgesamt 275 Mio. Euro für das entfallene Kostenrisiko in der strittigen Frage der Zuständigkeit für Integrationshilfen. Hiervon hat der Kreis einen Anteil von rund 6 Mio. Euro erhalten. Bekanntlich hat der Kreistag am 11.05.2017 entschieden, dass die Hälfte den kreisangehörigen Kommunen zugutekommen soll und einen entsprechenden Verzicht auf Kreisumlage beschlossen.

Der Sachverhalt unter Nr. 3g) wurde bereits im Kreisausschuss am 19.09.2017 erörtert. Der LVR hat den Erlass einer Nachtragssatzung 2017 mit einer Hebesatzsenkung um 0,5%-Punkte eingeleitet. Hieraus ergäbe sich die hier abgebildete Verbesserung von rund 1,7 Mio. Euro. Von den Fraktionen CDU und SPD im Landschaftsverband wird sogar eine Hebesatzsenkung um 0,75%-Punkte für möglich gehalten, was eine Entlastung von 2,6 statt 1,7 Mio. Euro für den Kreis bedeuten würde. Am 15.12.2017 soll die Nachtragssatzung beschlossen werden. Danach muss noch eine Genehmigung der Nachtragssatzung durch das zuständige Ministerium erfolgen und entsprechende Umlagebescheide erlassen werden. Ob diese Schritte noch in 2017 erfolgen oder erst im Januar 2018, ist nicht absehbar.

Nr. 4)

Die finanzielle Abwicklung im Teilplan 05, soziale Leistungen, ist im Haushaltsjahr 2017 geprägt durch eine Vielzahl von Zuständigkeitsänderungen. Das betrifft insbesondere die Leistungsarten nach dem SGB XII und Änderungen durch das Inklusionsstärkungsgesetz.

Bei der Auswertung des ersten Halbjahres 2017 ergaben sich prognostizierte Verbesserungen im Sozialbereich von rund 1,3 Mio. Euro. Dieser Trend hat sich im zweiten Halbjahr verstärkt. Wie Sie der Übersicht entnehmen können, wird aktuell eine Entlastung von insgesamt rund 2,35 Mio. Euro prognostiziert. Die Dynamik in den einzelnen Leistungsbereichen ist nach wie vor sehr groß, vor allem die Entwicklung bei der Hilfe zur Pflege (Nr. 4c) tritt hier in den Vordergrund. Die Ursachen diesbezüglich liegen in dem stark reformierten Leistungsrecht - das sind die Pflegestärkungsgesetze II und III - sowie Zuständigkeitsänderungen vom Kreis zum LVR.

Auch bei den kommunalen Leistungen im SGB II (siehe Nr. 4d) ist die Haushaltsprognose positiv. Die Aufwendungen für die sog. KdU (Kosten der Unterkunft und Heizung) für die Flüchtlings-Bedarfsgemeinschaften steigen, jedoch sollen diese vollständig vom Bund erstattet werden. Die übrigen KdU sind leicht rückläufig. Zum heutigen Zeitpunkt ist eine Prognose zum endgültigen Ergebnis der KdU-Aufwendungen und der Erstattungsbeträge noch nicht möglich, da die statistischen Abrechnungsgrundlagen zum Teil erst sechs Monate später bekannt werden und der Bund voraussichtlich erst Mitte 2018 eine endgültige Festlegung zur Höhe des Erstattungssatzes bezüglich der KdU für die Flüchtlingsbedarfsgemeinschaften treffen wird.

Auch bei den sonstigen sozialen Leistungen (Nr. 4e) - hierzu zählen vor allem die Aufwendungen für Schwerbehindertenangelegenheiten, das Pflegewohngeld und die Übernahme von Krankenbehandlungen nach § 264 SGB V - ist die Ergebnisprognose noch mit Unsicherheiten behaftet. Der Abrechnungszeitraum ist derzeit noch nicht repräsentativ genug.

Nr. 5)

Bei den wesentlichen Kostenarten innerhalb der Personalaufwendungen (Nr. 5a) zeichnet sich nach derzeitigem Stand ein positives Bild ab, und zwar eine prognostizierte Verbesserung für 2017 in Höhe von 410.000 Euro. Die erwartete Personalkostensteigerung durch Einführung der neuen Tarifordnung fällt etwas niedriger aus als erwartet. Auch die im Haushalt 2017 mit 2,4%-Punkten eingeplanten Entgelt- und Besoldungserhöhungen lagen tatsächlich mit 2,35%-Punkten unter den Planwerten.

Bei den Umlagen für die Beamtenpensionen (Nr. 5b) bleibt es bei der erwarteten Verschlechterung in Höhe von rund 300.000 Euro.

Einen wesentlichen Einfluss auf das Ergebnis 2017 werden die Pensions- und Beihilferückstellungen haben, siehe Nr. 5c, die hier mit einer Mehrbelastung von insgesamt rund 2,39 Mio. Euro ausgewiesen sind. Zurzeit können wir nur mit der Hochrechnung der Versorgungskasse aus März 2017 arbeiten. Jedoch ist diese mit einer eingerechneten Dynamisierung von 2% aller Voraussicht nach näher an den Istwerten dran, als die Datenbasis, die zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2017 vorlag; diese enthielt noch keine Dynamisierung.

Die folgenden Nummern 6, 7 und 8 zeigen, dass sich der Trend steigender Gebühreneinnahmen aus der ersten Jahreshälfte auch im zweiten Halbjahr fortsetzt. Vor allem hat es hier einmalige Sondereffekte bei den Genehmigungsverfahren von großen Bauprojekten gegeben.

Nr. 9)

Die Anton-Heinen-Volkshochschule hat in diesem Jahr zusätzliche Kurse eingerichtet, insbesondere im Bereich der Integrationskurse und Sprachförderung von Flüchtlingen und Zugewanderten. Die Abweichung bei den Personalaufwendungen ist jedoch vollständig gedeckt durch die Refinanzierung der Integrationskurse, die über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erfolgt sowie durch diverse Projektmittel des Landes. Darüber hinaus hat sich im Haushaltsjahr 2017 eine Erhöhung der Regelförderung nach dem Weiterbildungsgesetz NRW ergeben. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung war diese Erhöhung so nicht absehbar.

Nr. 10)

Das Istaufkommen bei den Bußgeldeinnahmen aus den Verkehrsordnungswidrigkeiten wird nach derzeitiger Prognose rund 200.000 Euro über dem Planwert liegen.

Soweit zu den Einzelpositionen. Im Vergleich zum geplanten Defizit von rund 2,7 Mio. Euro würde das Haushaltsjahr 2017 nach diesem Zwischenstand mit einem Überschuss von zirka 4,7 Mio. Euro abschließen. Dieser Überschuss wäre dann der Ausgleichsrücklage zuzuführen. Mit dem festgestellten Jahresabschluss 2016 hatte die Ausgleichsrücklage einen Bestand von 15,9 Mio. Euro. Unter Einbeziehung der Prognose für 2017 würde der Bestand der Ausgleichsrücklage Ende 2017 folglich bei rund 20,6 Mio. Euro liegen.

Ich bleibe bei meiner Kernaussage, die ich in der letzten Finanzausschuss-Sitzung geäußert habe: Diese positive finanzielle Entwicklung - die sich im Übrigen in vielen kommunalen Haushalten, sei es bei Städten und Gemeinden, Kreisen und auch beim Landschaftsverband abzeichnet - ist erfreulich. Die finanzielle Lage hat sich dadurch etwas entspannt. Meines Erachtens darf hieraus aber keine Entwarnung für die Finanzsituation des Kreises abgeleitet werden. Über 50% der Aufwendungen im Kreishaushalt sind geprägt vom sozialen Bereich. Die positive Haushaltsentwicklung, die wir derzeit vor allem in diesem Bereich haben, könnte nach einem Ende der Hochkonjunktur auch schnell wieder kippen.

Jugendamt

Bei den Haushaltsansätzen des Jugendamtes, Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, ergibt sich nachzeitigem Zwischenstand, dass die Haushaltsansätze nicht ganz auskömmlich sind. Es wird mit einer Mehrbelastung von rund 110.000 Euro gerechnet. Damit wäre die Unterdeckung jedoch geringer als noch bei der Zwischenrechnung im Juni 2017 angenommen wurde. Hier lag die erwartete Verschlechterung bei insgesamt 540.000 Euro.

Der Mitte des Jahres noch erwartete starke Anstieg der Aufwendungen für soziale Leistungen an natürliche Personen innerhalb von Einrichtungen (Nr. 1a) konnte u.a. durch die Abgabe einiger Fälle in die Zuständigkeit anderer Jugendhilfeträger eingebremst werden. Auch auf der Ertragsseite ergeben sich durch Kostenbeiträge bzw. Kostenerstattungen Dritter Verbesserungen.

Bei den laufenden Kosten für Tageseinrichtungen für Kinder sind wir von dem allgemeinen Trend betroffen, d.h. von einem Anstieg des Zuschussbedarfes für die Kinderbetreuung. Auch durch neu geschaffene Übergangslösungen sowie eine Spitzabrechnung der Betriebskosten für Vorjahre sind in dieser Produktgruppe Mehraufwendungen entstanden (Nr. 1b).

Aufgrund gestiegener Fallzahlen bei den Beiträgen für offene Ganztagschulen werden Mehraufwendungen in Höhe von 150.000 Euro erwartet (Nr. 1c).

Der Sachverhalt Nr. 1d ist - wie bereits in der letzten Sitzung berichtet - ein wesentlicher Grund für die Mehrbelastungen in 2017. Nach aktuellem Zwischenstand liegen die geschätzten Mehraufwendungen bei zirka 500.000 Euro.

Da das Haushaltsjahr 2017 noch nicht abgeschlossen ist und vor allem in diesem Haushaltsbereich noch wesentliche Jahresabschlussarbeiten wie z.B. die Forderungsbewertung bevorstehen, kann aus dem Zwischenstand noch kein Rückschluss auf das endgültige Ergebnis erfolgen.

Soweit der aktuelle Bericht der Verwaltung zu den Entwicklungen des Jahres 2017. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.